Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe einzelner Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 10,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 10 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 60 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 323. Freitag den 19. November 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der Einkommenschätzung für das Steuerjahr 1887 werden den Vorständen von juristischen Personen, Vereinen aller Art, sowie den Arbeitgebern ꝛc. gegenwärtig Formulare zur Anfertigung von Gehalts- bez. Lohnnachweisungen behändigt, welche nach Maßgabe der Bestimmungen in §§. 36 und 37 des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878, verbunden mit §. 28 der dazu erlassenen Ausführungs-Verordnung vom 11. October desselben Jahres, ausgefüllt **binnen 8 Tagen, von der erfolgten Behändigung ab gerechnet, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 50 Mark, die bei Versäumung des Termins unnachsichtlich beigetrieben werden wird, an die Filiale unserer Stadt-Steuer-Einnahme, Obstmarkt 3, III. Etage (Stadthaus),** abzugeben sind.

Hierbei wird ganz besonders hervorgehoben, daß für die auswärts wohnenden Arbeiter ꝛc. ebenfalls Lohnlisten und zwar für jeden Ort getrennt ausgefertigt und mit eingereicht werden müssen.

Sollten die betreffenden Vorstände, Arbeitgeber ꝛc. Formulare in ungenügender Anzahl oder bis zum 15. dieses Monats überhaupt nicht erhalten haben, können dieselben Solche an gedachter Expeditionsstelle entnehmen.

Leipzig, den 9. November 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gehlig.

Bekanntmachung.

Unter dem heutigen Tage sind die Herren
Karl Heinrich Ernst Geilert,
Karl Ernst Zweck und
Ernst Emil Weber
als städtische Bollstreckungshülfsbeamte bis auf Weiteres eingestellt und in Pflicht genommen worden.

Leipzig, am 18. November 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Clauß.

Erledigt

hat sich die Bekanntmachung vom 8. dss. Mts. betreffend die Auffindung eines weiblichen Leichnams im Floßcanal durch Recognition desselben.

Leipzig, am 16. November 1886.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider.

Bekanntmachung.

Bei dem unterzeichneten Gemeinderathe ist eine mit 725 ℳ Gehalt, 80 ℳ Bekleidungsgeld und 150 ℳ Wohnungsentschädigung dotirte **Schutzmannsstelle** infolge Entlassung des bisherigen Inhabers zur Erledigung gekommen.

Geeignete Bewerber — gewesene Unteroffiziere erhalten den Vorzug — haben ihre Gesuche unter Beifügung von Zeugnissen bis **zum 26. November dss. Js.**

anher einzureichen.

Gohlis, am 18. November 1886.

Der Gemeinderath.
Singer.

Copist gesucht.

Zum sofortigen Antritt wird von uns ein **geübter Copist**
gesucht. Anfangsgehalt 540 ℳ. Berücksichtigung finden nur solche Bewerber, welche bereits bei einer Behörde oder einem Anwalt mit Erfolg gearbeitet haben.

Gohlis, am 18. November 1886.

Der Gemeinderath.
Singer.

Nichtamtlicher Theil.

Frankreich und die Balkankrisis.

Eine der merkwürdigsten Erscheinungen unserer Zeit ist die Haltung Frankreichs in der bulgarischen Frage. Frankreich, das seit einem Jahrhundert den Ruhm für sich in Anspruch nimmt, stets als Vertheidiger der allgemeinen Menschenrechte gegen Despotie und Willkür aufzutreten, welches im Krimkriege im Verein mit England Rußland vom Schwarzen Meere ausschloß, ist heute der geheime Verbündete Rußlands in seinem Bestreben, die mühsam erkämpfte Selbstständigkeit Bulgariens zu vernichten und den entscheidenden Schritt zu thun, welcher die Aufrichtung des Kreuzes auf der Aja Sofia in Konstantinopel zum Ziele hat. Für Frankreich ist die Ausbreitung der Macht Rußlands über die Balkanhalbinsel freilich nicht Zweck, sondern Mittel, um den Rachefeldzug gegen Deutschland zu ermöglichen, aber in der blinden Verfolgung seines Hasses gegen den Sieger von 1870 übersieht Frankreich, daß es seine Dienste einer Sache widmet, welche seiner angeblichen Sendung als Vorkämpfer für Freiheit und Fortschritt diametral entgegengesetzt ist. Napoleon III. führte Kriege für eine Idee, er trat dem Vordringen des Moskowiterthums nach Südosteuropa entgegen, er ließ seine Armee für die Befreiung Italiens auf dem Schauplatz erscheinen, und er suchte der europäischen Cultur in Mexiko eine Stätte zu bereiten, wenn auch erfolglos. Sein Sturz erfolgte, als er dasselbe Nationalitätsprincip, welches er in Italien zum Siege geführt hatte, in Deutschland bekämpfte. Statt Süddeutschland dauernd von Norddeutschland zu trennen und die französische Macht als Keil zwischen beide zu treiben, brachte er die deutsche Einheit zum endgiltigen Abschluß und führte eine Niederlage Frankreichs herbei, wie sie in gleichem Umfang und in gleicher Schwere kaum das Jahr 1815 gebracht hatte. Die Frage aufzuwerfen, was aus Frankreich geworden wäre, welche Rolle es heute in der Welt spielte, wenn der Krieg des Jahres 1870 unterblieben wäre, ist müßig, denn sie läßt sich nicht beantworten, aber Das ist sicher, daß Frankreich besser gethan hätte, die Besetzung Egyptens durch die Engländer im Jahre 1882 zu verhindern, als seine Kraft im Kampfe mit den Anamiten und Chinesen nutzlos zu verschwenden. Und mit gleichem Rechte läßt sich behaupten, daß Frankreich der Sache des Friedens einen großen und schätzbaren Dienst erwiesen hätte, wenn es mit Hintansetzung seines Hasses gegen Deutschland und seiner Eifersucht gegen England im Bunde mit den übrigen Unterzeichnern des Berliner Friedens dahin gewirkt hätte, daß Rußland auf die Ausführung der Unterjochung Bulgariens Verzicht geleistet hätte.

Was will es bedeuten, wenn General Boulanger offenbar im Widerspruch mit seinen innersten Wünschen eine neue Variation auf das alte römische Thema veröffentlicht: Si vis pacem, para bellum, wenn Du den Frieden willst, so bereite den Krieg vor? Seine Zuhörer haben nicht dem Friedensapostel Boulanger, sondern dem geschickten Redner Beifall gespendet, welcher die Kunst, seine Gedanken zu verbergen, nach Talleyrand'schem Muster zu üben versteht. Phrasen, wie: „Jedes Land, welches leben will, muß stark sein", und: „Es giebt zwei Arten von Frieden, einen, um den man bittet, und einen, den man auferlegt", sind nach dem Geschmack der Franzosen; das schmeckt nach esprit und giebt der Einbildungskraft Spielraum, und darum gefällt es. Boulanger kennt seine Landsleute, er kennt ihre Leidenschaft für das Theatralische, für Alles, was Effect verheißt, und danach hat er seine Worte gewählt. Die Thaten hofft er bald nachfolgen lassen zu können, denn als Mann der That, als Revanche-Kriegsminister ist er ja ins Ministerium berufen worden, und diesen Erwartungen muß er entsprechen.

Aber Frankreich hat seit seiner Niederlage im Jahre 1870 Unglück mit seinen Unternehmungen, seine überseeischen Feldzüge verliefen ebenso ungünstig, als seine diplomatischen Actionen. Den Mißerfolgen in Tonkin und Madagaskar steht, das Fiasco in Egypten und der nichtige Verlauf der griechischen Frage gegenüber, aber der schlimmste Mißerfolg der französischen Politik, die Niederlage in der bulgarischen Angelegenheit, steht noch bevor. Frankreich hat mit bewundernswürdiger Selbstverleugnung Deutschland an Russenfreundlichkeit noch zu überbieten gesucht, es hat aber nicht vermocht, die Vereinigung der vier Mächte Oesterreich-Ungarn, England, Italien und Deutschland zur Aufrechthaltung des Berliner Friedens zu verhindern, und sieht sich jetzt wieder ebenso isolirt, wie es seit 16 Jahren dasteht. Es hat in Berlin vergeblich angeklopft, um eine Unterstützung seiner Forderungen wegen Egyptens zu erlangen, und es hat sich vergeblich um die Freundschaft Italiens beworben, um einen Bund der romanischen Völkerschaften zu erreichen. Selbst alles Liebäugeln mit Rußland hat kein praktisches Ergebniß gehabt, nur die Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen, die längere Zeit unterbrochen waren, ist ihm geglückt und zwar in einem Augenblicke, als die moralische Niederlage Rußlands in der bulgarischen Frage bereits entschieden war. Die Partie steht heute so, daß Rußland vor die Alternative gestellt ist, die Freundschaft Deutschlands gegen die Frankreichs einzutauschen in der sichern Voraussicht, damit den Bund der übrigen vier Großmächte zu befestigen und unauflöslich zu machen. Insofern hat Graf Andrassy allerdings Recht, wenn er das Bündniß Oesterreichs mit Deutschland als die beste Friedensbürgschaft ansieht, aber um für die österreichischen Interessen auf der Balkanhalbinsel daraus Nutzen ziehen zu können, müßte erst der Abschluß eines russisch-französischen Schutz- und Trutzbündnisses vorangegangen sein.

Frankreich ist offenbar in Folge seiner verkehrten Politik gegenwärtig rathlos. Es bemüht sich gleichzeitig, in Rußland sich bündnißfähig zu erhalten und Deutschland für seine Zwecke in Egypten als Bundesgenossen gegen England als Rückhalt zu wahren, und über diesem doppelten, in innerem Widerspruch stehenden Bestreben verliert es den moralischen Erfolg, der ihm sicher wäre, wenn es mit den übrigen Unterzeichnern des Berliner Friedens gegen Rußland Front machte. Frankreich übersieht dabei, daß die anderen vier Großmächte auch ohne Frankreich ihr Ziel erreichen müssen, und daß Rußland sich in der Unmöglichkeit befindet, die dargebotene Hand Frankreichs einzuschlagen, weil daraus doch ein gar zu ungleicher und von vornherein aussichtsloser Kampf sich entwickeln würde. Die Leidenschaft ist niemals ein guter Rathgeber gewesen, aber ihre Rathschläge waren immer dann am verderblichsten, wenn sie die thatsächlichen Verhältnisse gänzlich außer Acht ließ. Deutschland wird seiner Würde niemals etwas vergeben, aber es braucht sich überhaupt nicht in die Lage, Anforderungen zu stellen, die es nur mit dem Schwert in der Hand geltend machen kann. Rußland hat in der bulgarischen Frage die öffentliche Meinung Europas gegen sich, weil diese stets für den Partei ergreift, welcher das Recht auf seiner Seite hat, besonders wenn der Gegner nicht in der Lage ist, seine Uebermacht zur Geltung zu bringen. Bulgarien befindet sich in der üblen Lage, auf den Augenblick warten zu müssen, in welchem die Geduld der Vertragsmächte an der Grenze angelangt ist. Bis dahin ist Bulgarien die Zielscheibe russischer Willkür, und die Hoffnung Rußlands ist offenbar darauf gerichtet, daß die bulgarische Widerstandskraft nicht so lange währen wird als die Geduld der Vertragsmächte. Aber diese Rechnung könnte sich auch als falsch erweisen, nachdem Oesterreich-Ungarn und England ihrer Meinung so deutlichen Ausdruck gegeben haben, daß die bulgarische Regierung darin eine werthvolle Ermunterung erblicken muß, in ihrem Widerstande gegen russische Gewaltthat zu verharren. Frankreich hat offenbar eine falsche Position in der bulgarischen Frage und fühlt sich darin sehr unbehaglich, aber es kann aus der Schlinge, die es sich selbst gestellt hat, jetzt nicht heraus, und wenn die Entscheidung erfolgt, dann wird sich Frankreich nicht verhehlen können, daß es zu den zahlreichen Niederlagen der letzten 16 Jahre eine neue sehr empfindliche hinzugefügt hat. *

Leipzig, 19. November 1886.

* In der Bundesrathssitzung vom Mittwoch wurde Beschluß gefaßt über den Reichshaushaltsetat für 1887/88, ferner über den Entwurf eines Gesetzes über die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres. Der Entwurf ermächtigt den Reichskanzler, die außerordentlichen Geldmittel des Etats 1887/88 zur Bestreitung einmaliger Ausgaben, und zwar: für die Armee mit 30,794,905 ℳ, für die Marine mit 7,317,770 ℳ, die Eisenbahnverwaltung mit 592,000 ℳ, und zur Deckung der aus dem Reichs-Festungsbaufonds entnommenen Vorschüsse, soweit diese nicht durch Coursgewinne erfolgen kann, bis zu 46,116,455 ℳ im Wege des Credits flüssig zu machen und hierzu eine im Nominalbetrage der erforderlichen Summe nach den bestehenden Bestimmungen zu verwaltende Anleihe aufzunehmen und Schatzanweisungen auszugeben. Die Zinsscheine sollen auch für einen längeren Zeitraum als 4 Jahre ausgegeben werden dürfen. — Ferner erstatteten Berichte der II. und VII. Ausschuß über den Entwurf des Etats der Marine-Verwaltung, der V. und VII. Ausschuß über die Etats der Post- und Telegraphen-Verwaltung, und der Eisenbahn-Verwaltung, der VII. Ausschuß über die Etats des Reichsamts des Innern, des Reichsschatzamts, des Reichsgesundheitsamts und der Reichsdruckerei. Im Uebrigen wurden über eine Reihe von Eingaben in Zollangelegenheiten Berichte entgegengenommen und Beschlüsse gefaßt.

* Dem Bundesrath ist der bereits in der vorigen Session zur Vorlage gelangte Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung eines orientalischen Seminars in Berlin, wieder zugegangen.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erinnert daran, daß mit dem 17. November ein Lustrum vergangen ist, seitdem im Weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin Fürst Bismarck jene bedeutungsvolle Botschaft verlas, in welcher der ruhmgekrönte Heldenkaiser die Heilung der socialen Schäden im Wege der positiven Gesetzgebung als die Aufgabe seines Lebensabends dem deutschen Volke verkündet. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" reproducirt diese Botschaft, erinnert daran, was auf dem Wege der Socialreform seither erreicht worden und schließt: „Und daß die großen Ziele der socialen Reformen mit Eifer und Ernst auch ferner unablässig weiter verfolgt werden, darüber ist jeder begründete Zweifel ausgeschlossen!" Diejenigen aber, die in Verkennung der großen Schwierigkeiten, welche der Durchführung der socialen Gesetzgebung entgegenstehen, mit dem angeblich langsamen Gange derselben sich nicht zufrieden stellen, sollten sich gegenwärtig halten, daß jene Allerhöchste Botschaft vom 17. November 1881 selbst ausdrücklich das Weitgreifende und die Schwierigkeit der gestellten Aufgaben betont, „zu deren Anregung Wir Uns aber vor Gott und Menschen ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Erfolg derselben verpflichtet halten!"

* Der Vicepräsident des preußischen Staatsministeriums und Minister des Innern, Herr v. Puttkamer, wird sich Anfangs kommender Woche nach der Provinz Posen begeben, um persönliche Beobachtungen dort zu machen wegen Theilung einiger Kreise.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt officiös: „Bei der die Wiedereröffnung der theologischen Lehranstalten betreffenden Bestimmung im Artikel 2 der kirchenpolitischen Novelle vom 21. Mai d. J. ist bisher in zwei Fällen, nämlich für die Lehranstalten zu Fulda und zu Trier, Gebrauch gemacht, indem der Cultusminister nach Eingang der erforderlichen Vorlagen die vorgeschriebene Bekanntmachung unterm 3. October und 11. November d. J. dahin erlassen hat, daß die gedachten Anstalten zur wissenschaftlichen Vorbildung der Geistlichen geeignet seien. Die Wiedereröffnung der gleichartigen Anstalten zu Paderborn und zu Hildesheim wird, wie wir hören, vorläufig noch nicht erfolgen können, da es zu diesem Zwecke noch baulicher Einrichtungen bedarf, deren Ausführung voraussichtlich einige Zeit in Anspruch nehmen wird."

* Der Wahlkreis Hünfeld-Gersfeld ist bekanntlich bei der letzten Wahl dem Centrum von den Conservativen abgenommen worden. „Dieser Ausfall", sagt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", ist ein Zeichen der Mißachtung, mit der die deutsche Nation auf die „Germania" und deren Gesinnungsgenossenschaft herabblickt. Freilich, es giebt in unserem Vaterland noch manchen Katholiken und manchen Nichtkatholiken, der zur „Germania" halten wird, auch nach dem ihr die ultramontane Maske abgerissen und sie in ihrer Gesinnung bloßgestellt ist. Hat doch der ultramontane Candidat in dem genannten Wahlkreis 64 Stimmen erhalten. Allein die Wähler, von denen diese Voten abgegeben sind, können doch nur im juristischen Sinne als Deutsche gelten. Sie mögen nach unseren staatsrechtlichen Grundsätzen die Qualität als Reichsangehörige besitzen; moralisch haben sie dieselbe verloren. Und das Erschreckliche in jener Wahl ist die Thatsache, daß der Weizen von der Spreu sich zu trennen beginnt, daß die conservativen die reichstreuen Elemente in der katholischen Bevölkerung aus der Gemeinschaft mit den ultramontanen Reichsfeinden herausdrängen, in welcher der Lug und der Trug der „Germania" und ihrer Gesinnungsgenossen sie bisher zurückgehalten hatten. Mag die „Germania" jene Spreu weiter für sich behalten. Wir beneiden sie nicht darum!"

* Im Kreise Hanau scheint den Volksschullehrern der Wirthshausbesuch und das Kartenspielen verboten werden zu sollen. Der Landrath Graf Wilhelm Bismarck hat nämlich folgende Verfügung erlassen:

„Nachdem sich verschiedene Familienväter der Stadt Windecken über den regelmäßigen Wirthshausbesuch und das öffentliche Kartenspielen der jüngeren Lehrer daselbst wiederholt beschwert hatten, habe ich die Gelegenheit eines mir besonders geeigneten Falles wahrgenommen, um diesen Lehrern Vorhaltungen wegen ihres Benehmens zu machen und ihnen dessen Aenderung zu empfehlen. Im eigenen Interesse der Lehrer machte ich ihnen die Eröffnung in Gegenwart des Herrn Localschulinspectors mündlich und vertraulich; da aber ungeachtet der Angelegenheit, ohne mein Verschulden und eigenmächtig verfährt, in die öffentlichen Blätter gedrungen ist, so bescheide ich zur Vermeidung von Unklarheiten den Weg der öffentlichen amtlichen Verfügung, indem ich mir erlaube, die Herren Localschulinspectoren auf die in der Hanauer Schulordnung vom 7. December 1853 enthaltene Dienstanweisung für die Lehrer aufmerksam zu machen. Die Dienstanweisung, auf welche nach Verfügung der königlichen Regierung sämmtliche Lehrer bei ihrer Anstellung verpflichtet werden, enthält im §. 6 neben anderen Vorschriften das ausdrückliche Verbot des Wirthshausbesuchs und des Kartenspiels, und auch abgesehen von dieser Vorschrift wird in der Gemeinde das Ansehen des Lehrers nicht gewinnen, der als verheiratheter Mann auf den steten Klagen über ungeregelte Beköstigung sich regelmäßig, selbst am hellen Mittage, im Wirthshause zu finden ist. Wie ich die Lehrer des Kreises seinem geehrten habe, ist deren überwiegende Mehrzahl von ihren Berufspflichten so durchdrungen, daß ein Hinweis darauf nicht erforderlich ist; aber gerade die Aufrechterhaltung des hohen Maßes von Pflichtgefühl, welches zu meiner Freude dem hiesigen Lehrerstand auszeichnet, erheischt, daß Einzelne, welche falsche Wege einschlagen wollen, rechtzeitig gewarnt werden, und ich ersuche die Herren Localschulinspectoren ergebenst, sich dieser Aufgabe, da wo dieselbe an sie herantritt, unterziehen zu wollen. Hanau, am 15. November 1886. Der königliche Landrath Graf Bismarck. An die Herren Localschulinspectoren des Kreises."

* Wir haben jüngst die Stellung unserer Socialdemokraten zur Candidatur George's in New-York gestreift, und unsere offenbar zutreffenden Aeußerungen haben denn auch an geeigneter Stelle getroffen, denn die „Thüringer Waldpost", Biereck's Organ, schreibt wörtlich:

„Das „Leipziger Tageblatt" findet es „bezeichnend" für die deutsche Arbeiterpresse und deren angebliche Nicht-Kenntniß vom Socialismus, daß sie den amerikanischen Arbeiter-Candidaten Henry George als Socialisten reclamirt habe, ohne zu bemerken, daß derselbe in vielen Puncten dem socialistischen Programm entgegengesetzte Anschauungen zum Besten gegeben habe. Das „Tageblatt" möge sich keine schlaflosen Nächte machen; das entscheidende Merkmal, ob Jemand als Socialist betrachtet werden will oder nicht, beruht in erster Linie nicht auf einem theoretischen Glaubensbekenntniß, sondern auf der Stellungnahme in dem Classenkampfe zwischen Capital und Arbeit, welcher die Signatur der Gegenwart bildet. Und da war es geradezu das charakteristische Moment in der Entwickelung der New-Yorker Wahlbewegung, daß George, der als Humanist und doctrinärer Landreformer begann, von Versammlung zu Versammlung mehr in die Grundlagen der socialen Frage sich vertiefte und sich schließlich selbst ausdrücklich als den Arbeitercandidaten gegenüber den Vertretern der Bevorzugten hinstellte. Sein Wort: „Die Massen gegen die Classen", war das Feldgeschrei, unter dem die 68,000 Arbeiter ihre Zettel für George in die Urne warfen, und demgemäß hat die Arbeiterpresse mit Fug und Recht den 2. November 1886 als den eigentlichen Geburtstag der amerikanischen Arbeiterpartei gefeiert. Begriffen, geschätztes Tageblatt?"

Die „Thüringer Waldpost" mag sich beruhigen. Begriffen haben wir das schon lange, was sie gesagt hat, aber wir hatten ihre Zustimmung noch nicht schwarz auf weiß. Jetzt haben wir sie und sie besagt nichts Anderes, als daß die heutige Socialdemokratie nichts als ein großer Schwindel ist. Von Socialismus ist in ihr keine Spur zu entdecken; das steht oben sehr deutlich geschrieben: „nicht das theoretische Glaubensbekenntniß, sondern die Stellungnahme im Classenkampf" ist die Hauptsache — der Socialismus begreift bekanntlich alle Gesellschaftsclassen. Auch von der Demokratie spürt man nichts, da bekanntlich nirgends mehr ein größerer Partei- und Gewissenszwang als bei diesen „Demokraten" geübt wird. Facit der obigen Notiz sonach: Die Versprechungen von den Segnungen des Socialismus sind nicht ernst zu nehmen; es werden dieselben aber gebraucht, um die Massen zu ködern und sie mit Schlagworten zu tractiren.

* Neben den Anordnungen, welche wegen ärztlicher Controle der aus Oesterreich-Ungarn auf der Eisenbahn über Oderberg nach Preußen kommenden Reisenden getroffen worden sind, hat der Regierungspräsident Graf Baudissin zu Oppeln die Landräthe der Grenzkreise auch dahin instruirt, daß, falls auf den in ihrem Kreise belegenen Eisenbahnstationen Reisende anlangen sollten, die als cholerakrank oder verdächtig von der Weiterfahrt ausgeschlossen werden, die Eisenbahn-Verwaltung nach dem mit derselben vereinbarten Verfahren zunächst für die vorläufige Unterbringung der Betreffenden auf dem Bahnhofe selbst und für die Benachrichtigung der Ortspolizeibehörde zu sorgen hat. Letztere hat sodann auf ergangene Anzeige ungesäumt die sofortige sichere Abholung der Kranken oder Verdächtigen aus der vorläufigen Unterkunft auf den Bahnstationen und die sofortige Aufnahme derselben in geeignete Lazareth- ꝛc. Räume zu bewirken.

* * *

* Aus Petersburg, 16. November, wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben:

Die russische Presse bewahrt ihre feindselige Haltung gegen Deutschland und äußert in Ermangelung von Thatsachen, da sie sie sich halten könnte, ihr Mißtrauen in schärfster Form. Jedenfalls erreicht sie damit vollkommen ihren Zweck, in der Gesellschaft die Mißstimmung gegen Deutschland aufrecht zu erhalten und der deutschen Presse ihre maßvolle Haltung zu erschweren. Zur Erleichterung ihres Hetzgewerbes wendet sie dabei den Kniff an, Oesterreich mit Deutschland stets unter einen Hut zu bringen und die österreichische Politik, ja, selbst Aeußerungen österreichischer Staatsmänner als mehr oder weniger von Deutschland beeinflußt darzustellen. Der „Swjet" beschuldigt die deutsche Presse, welche es für kaum denkbar hielt, daß der Zar das Auftreten des Generals Kaulbars billige, der Absicht, das Ansehen Rußlands in Europa namentlich in Bulgarien herabzusetzen und somit der jetzigen bulgarischen Regierschaft in die Hände zu arbeiten. Zum Schluß heißt es: „Wir sind neugierig, was nun weiter wird? Uebrigens, wer glaubt denn noch in Rußland an die Aufrichtigkeit Deutschlands in dem Bündniß mit uns?!" Die „Nowoje Wremja" kommt in einer, wahrscheinlich von der chauvinistisch-panslawistischen Partei im Ministerium des Auswärtigen beeinflußten Auslassung abermals auf Borgos zurück — anläßlich der Entsendung eines Kreuzers dorthin — und betont die Nothwendigkeit für Rußland, einen Hafen an der Westküste des Schwarzen Meeres, d. h. in der Nähe des Bosporus zu besitzen. Weiter heißt es dann: „Wir wissen, daß sich Deutschland und Oesterreich wirklich mit der Beseitigung des Battenbergers ausgesöhnt hatten, obwohl nach uns gewordenen Mittheilungen bei der Zusammenkunft des Fürsten Bismarck mit Giers ersterer von der Nothwendigkeit einer Entschädigung Oesterreichs sprach. Aber die Nothwendigkeit dieser Entschädigung stellte sich als ganz unnöthig heraus, da nicht Rußland den Fürsten Alexander vertrieb, sondern die Bulgaren, und weil der Fürst, nach Bulgarien zurückgekehrt, selbst dem Thron entsagte, nachdem er aus dem Munde des Kaisers ein mißbilligendes Wort vernommen. Aber selbst dieses Wort war als Antwort an den Fürsten Battenberg durch diesen selbst hervorgerufen. Auf solche Weise kam alles von selbst, und darum konnte Oesterreich wohl in Bulgarien durch seine Agenten gegen Rußland Ränke spinnen, es hatte aber keinerlei Grund, irgend eine Entschädigung zu erhoffen. Und wofür auch? Dafür daß Bulgarien selbst sich entschloß, sich von seinem Rußland nicht genehmen Fürsten zu befreien? Oder etwa dafür, daß Rußland nicht die Politik des Battenbergers billigte? Das wäre wohl etwas zuviel!" Es wäre gewiß nicht uninteressant, zu wissen, aus welcher Quelle die „Nowoje Wremja" Nachrichten auf einer sicherlich ganz vertrauten Unterredung des Herrn v. Giers mit dem Fürsten Bismarck erfahren hat, deren Richtigkeit sie mit solcher Bestimmtheit behauptet.

* Wie die „St. Petersburgskija Wjedomosti" erfahren, sollen die Vorlesungen in der Juristenfacultät der Universität Dorpat vom nächsten Jahre ab ausschließlich in russischer Sprache gehalten werden. Es ist wohl anzunehmen, daß hier das sehnliche Verlangen dem russischen Blatte ein Phantasiegebilde hat als Thatsache erscheinen lassen.

* Die Rede des Grafen Kalnoky machte in Bulgarien einen überwältigenden Eindruck. Die Bulgaren wurden bisher durch die Drohungen mit der russischen Besetzung, welche General Kaulbars und seine Genossen immerfort im Munde führten, eingeschüchtert und athmen jetzt zum ersten Mal frei auf, denn die Reden Salisbury's und Kalnoky's zeigen, daß sie den Russen denn doch nicht auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind.

* Wie man hört, soll der Fürst von Mingrelien die Bezeichnung zur bulgarischen Fürstenwahl angenommen haben, seine Bezeichnung bei den Mächten seitens der russischen Regierung in irgend einer Form nebst der bezüglichen Anfrage daher bevorstehen, falls nicht schon erfolgt sein.

* Die französischen Socialisten wollen mit folgendem Programm in den Wahlkampf treten:

1) Beseitigung aller Gesetze, betreffend die Presse, die Versammlungen, die Vereine und besonders die internationale Association. Verbot der Arbeitsbücher, Abschaffung aller Bestimmungen bezüglich der Unterordnung des Arbeiters unter seinen Principal und der Frau gegenüber dem Manne.

2) Unterdrückung des Cultusbudgets und Rückgabe aller Güter und Besitzthümer der todten Hand, die den religiösen Corporationen